

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Liebe Mitarbeitenden in der Verwaltung,

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Bereits zum vierten Mal habe ich heute die Ehre mit Ihnen unsere Sicht auf den Erkrather Haushalt zu teilen.

Wir haben nach 3 begleiteten Haushalten dieses Jahr die Premiere eines Doppelhaushaltes. Warum ein Doppelhaushalt für die Jahre 2024 und 2025?

Dieser sollte die Arbeit in der Verwaltung beschleunigen und vereinfachen, was wir auch mitgetragen haben. Wer jetzt glaubt »Ende gut alles gut«, der irrt.

Letztlich kippte die Landesregierung einen in Aussicht gestellten Wegfall einer Regelung, die eine Gemeinde unter gewissen Bedingungen verpflichtet, in die Haushaltssicherung zu gehen (§ 76 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO NRW).

Während der Haushalt 2024 noch genehmigungsfähig gewesen wäre, stolperte Erkrath über den Haushalt für 2025 mit einem Minus von über 7 Mio. Euro und erzeugte einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt, der die Kriterien riss.

Das Problem kennen wir ja vom Bundeshaushalt, nur dass unser Kämmerer das selbst erkannt hat. Soweit zur Ausgangslage und wie es dazu kommen konnte.

Man könnte aber auch - wie wir es für diesen Doppelhaushalt für sinnig empfinden - in die Ursachenforschung gehen. Damit ich nicht das wiederhole, was die anderen Fraktionen bereits zum Ausdruck brachten, lege ich dieses Jahr andere Schwerpunkte und Perspektiven.

Deutschland befindet sich seit 2015 im Dauerkrisenmodus und somit auch wir in Erkrath, wie es scheint.

Getrieben von Flüchtlingskrisen, Wirtschaftskrisen, Coronakrisen, Energiekrisen und der Ukraine Krise könne man den Eindruck gewinnen, dass wir keinen Einfluss mehr auf die Geschehnisse um uns und letztlich auf die Ausgaben haben. Doch dieser Eindruck ist falsch, wenn man sich die Ausgaben ansieht.

Als entscheidender Posten, den Erkrath mit Schulden schultern muss, sind die anstehenden Investitionen in die großen Projekte wie z.B. das Gymnasium zu nennen. Deren Notwendigkeit beruht aber auf Investitionsstau, einem deutschlandweiten Dauerzustand und auf einer Notwendigkeit.

Lassen Sie uns mal annehmen, es handelt sich um Investitionen von 200 Millionen Euro.

Bei einem Zinssatz von 3% fallen jährlich alleine an Zinsen 6 Millionen Euro an, ohne Tilgung. Und steigt der Zins auf 6%, was in den 90er Jahren günstig war, zahlen wir jeden Monat 1 Millionen an Zinsen. Oder grob knapp 22 Euro jeden Monat pro Kopf in Erkrath. Setzt man eine mögliche Zinsleistung von 6- 12 Millionen ohne Tilgung in Relation zu den erwarteten 40 Millionen Gewerbeeinnahmen jährlich, wird die Brisanz umso deutlicher. Nur für diese Bauprojekte verbrauchen wir zwischen 15-30% der gesamten Gewerbesteureinnahmen, wohlgemerkt nur für Zinsen.

Da die Gewerbesteureinnahmen mit rund 44% die Haupteinnahmequelle sind, wird deutlich, was auf uns zukommt.

Doch wie soll das ganze nun bezahlt werden, fragt man berechtigt. Dazu finden sich im Entwurf genügend Aussichten, Prognosen, und zuletzt auch Wirtschaftswunder.

Lassen Sie uns an dieser Stelle mal selbiges reflektieren.

Sie finden im Entwurf zum Haushalt auf Seite V29 die Annahme, dass die Gewerbesteuereinnahmen, die 2021 bei 30 Mio. Euro lagen, bis 2028 auf knapp 49 Mio. Euro ansteigen sollen; das ist ein Plus von 63%, oder - wenn Sie lieber mit der Planzahl 38,5 Mio. Euro aus 2024 rechnen wollen - in 5 Jahren von über 27%.

Ist diese Annahme, die im Entwurf auch erläutert wird, berechtigt?

Im Monatsbericht der Bundesbank von Dezember 2023 finden Sie folgende Zeilen:

"Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) legt nach dieser Projektion 2024 kalenderbereinigt um 0,4 % zu, nach einem leichten Rückgang um 0,1% im laufenden Jahr. In den Jahren 2025 und 2026 wächst die Wirtschaft um 1,2 % beziehungsweise 1,3 %."

(<https://www.bundesbank.de/resource/blob/920342/b4a237de9f9288ffa511a87e5ae75c73/mL/2023-12-prognose-data.pdf>)

Und was sagt das Wirtschaftsministerium? Selbst der ehemalige Kinderbuchautor und Wirtschaftsminister Herr Habeck attestiert für 2024 ein sinkendes Wirtschaftswachstum von nur noch 0,2% in seinem Jahreswirtschaftsbericht 2024.

"Die größte Herausforderung für Deutschland ist der Arbeitskräftemangel", erklärte Habeck außerdem. (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/jahreswirtschaftsbericht-bundesregierung-100.html>). Inflation, Krisen etc. sind auch oft Begründungen für das schlechte Abschneiden Deutschlands und die Lücken im Haushalt in Erkrath. Da sind wir wieder bei den Krisen.

Diese oft angeführten Krisen müssten doch dann eigentlich unsere europäischen Freunde und Nachbarn genauso treffen.

Wissen Sie was Irland, Malta, Portugal, Island, Kroatien, Montenegro, Griechenland, Zypern, Türkei, Spanien, Slowenien, Polen, Österreich, Rumänien, Ungarn, Niederlande, Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Italien, Kosovo, Bulgarien, Norwegen, Belgien, Schweden, Lettland, Frankreich, Tschechien, Serbien, Finnland, Schweiz, Nordmazedonien und Litauen gemeinsam haben?

Sie alle übertrafen das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von Deutschland im Jahr 2022 laut einer Auswertung gegenüber 2021. Also im Jahr des Ausbruchs des Krieges erreichte Spanien 5,5%, Polen 5,1% und Deutschland nur magere 1,8%

(<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/250161/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-den-eu-laendern/>).

Also, wie kommen wir zu so hohen Steigerungen der Gewerbeeinnahmen in Erkrath? Wenn das bestehende Gewerbe bei uns nur moderat wächst, könnten die Einnahmen steigen, wenn neues Gewerbe in Erkrath Fuß fasst. Nehmen wir hier die Erfahrungen aus der Vermarktung der Neanderhöhe zur Beurteilung. Uns wurde bislang ein einzelner Interessent bzw. Unternehmer für die Neanderhöhe vorgestellt, doch dieser zog sein Interesse zurück aufgrund der Baupreise. Auch wäre es eher ein Umzug geworden statt einer Neuansiedlung. Teilen Sie den Eindruck der AfD Fraktion, dass wir mit einem deutlich niedrigeren Anstieg der Gewerbeeinnahmen rechnen sollten?

Wir wünschen uns, dass die Planzahlen eintreffen, aber realistisch ist es für uns nicht. Es bliebe noch die letzte Stellschraube, um die Gewerbeeinnahmen hochzukurbeln, der Gewerbesteuerhebesatz. Sollte dieser auf z.B. 500 angehoben werden, wird ein Gewerbe in Monheim doppelt so attraktiv wie in Erkrath, wollen wir das?

Dass die Anhebung durchdacht wird, klingt beim Kämmerer schon durch. Auch schweben noch über 26 Mio. Euro im Haushalt mit, die als Coronaschäden noch nicht vollumfänglich verbucht wurden. Diese Bilanzierungshilfe sollte schnellstmöglich und vollumfänglich gegen das Eigenkapital ausgebucht werden, um uns ehrlich zu machen.

Sollten wir das zweite Standbein des Haushaltes mit über 32% betrachten, den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, sollte erwähnt sein, dass die Arbeitslosenzahl in Erkrath gestiegen ist, und zusammen mit Mettmann auf 6,8% im Jahr 2022 stieg. (<https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/mettmann/presse/2023-88-die-jahresbilanz-2023-auf-dem-arbeitsmarkt-im-kreis-mettmann-gebremste-konjunktur-trifft-auf-einen-robusten-arbeitsmarkt>)

Ich hatte in einer anderen Haushaltsrede bereits ermahnt, dass die Menschen im Niedriglohnssektor anfangen zu rechnen, ob sich Arbeit lohnt, und viele Verbände mahnen genau das nach der Bürgergelderhöhung an.

Darüber hinaus sollten wir uns, was den Haushalt angeht, auch ehrlich machen bezüglich der Gewinnbeteiligung an den Stadtwerken. Abgesehen davon, dass die Stadtwerke Erkrath keine Gewinne zum Ausschütten erzielen, sollte nun nach der Übernahme und dem Betrieb der Fernwärme ein deutlicher Gewinn anfallen. Ob das so ist, werden wir in wenigen Wochen wissen.

Und »ehrlich machen« bedeutet hier: Prioritäten setzen. Wie viel Rendite wollen wir den Bürgern zumuten? Diese Diskussion regen wir auch weiterhin an.

Um die Fernwärme CO2 neutral zu gestalten, wird ein zweistelliger Millionenbetrag benötigt, wir schätzen ca. 20-30 Millionen €. Können wir unter dieser Investitionssumme noch Gewinne in Millionenhöhe ausschütten? Auch dass die neuen gasbetriebenen BHKW nur 5 Jahre laufen sollen und dann abgeschaltet werden, halten wir für unrealistisch. Für uns ist eine Gewinnabführung an die Stadt nicht gegeben und nicht einzuplanen, wenn man seinen Worten und markigen Zielen Taten folgen lassen will.

Also Schritt

1. Bürgerfreundliche Rendite festlegen
2. Gewinne ermitteln
3. Kundenumfrage für die Gewichtung der Gewinnverwendung

Zusammenfassend stellen wir fest, es bleibt wie es ist. In den Beratungen kommen kaum Einsparungen zustande, man kriegt sich über die Vergangenheit in die Wolle, hinterfragt die Sinnhaftigkeit vieler Projekte, und am Ende wird der Haushalt schon irgendwie über die Schwelle gehoben. Das Land wälzt viele Kosten nach unten ab, was der Bürgermeister beklagt, aber nicht bekämpft, hier wäre doch eine Demonstration der Gemeinde als Hilfeschrei hilfreicher.

Doch was wir brauchen ist ein ehrlicher und alternativer Haushalt und sei es mit einem zwanghaften Haushaltssicherungskonzept. Da die freiwillige Haushaltssicherung nicht funktionierte, die Haushaltsberatungen wie immer verliefen, wünschen wir uns einen Systemwechsel mit Blick auf die Zukunft und lehnen den Haushaltsentwurf ab.

D. Sauereißig  
(Fraktionsvorsitzender der AfD Fraktion Erkrath)

Die Rechte an dieser Rede liegen bei der AfD Fraktion, eine Veröffentlichung, auch in Auszügen ist ohne schriftliche Genehmigung nicht erlaubt.